Allianz der Wissenschaftsorganisationen

Alexander von Humboldt-Stiftung
Deutsche Forschungsgemeinschaft
Fraunhofer-Gesellschaft
Hochschulrektorenkonferenz
Leibniz-Gemeinschaft

Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina
Deutscher Akademischer Austauschdienst
Helmholtz-Gemeinschaft
Max-Planck-Gesellschaft
Wissenschaftsrat

Stellungnahme

14. Oktober 2026

Verhandlungen zum EU-Finanzrahmen 2028–2034: Priorität für Forschung, Innovation und Bildungsmobilität setzen

Die Allianz der Wissenschaftsorganisationen erkennt die schwierige Aufgabe der Bundesregierung an, in den Verhandlungen über den kommenden mehrjährigen EU-Finanzrahmen für die Jahre 2028 bis 2034 stabilitätsorientiert und sparsam vorzugehen und zugleich Zukunftsinvestitionen gezielt zu stärken. Sie sieht die fehlende Priorisierung von Forschung, Innovation und Bildungsmobilität in der aktuellen Diskussion und den entsprechenden Kürzungsvorschlag der irischen EU-Ratspräsidentschaft gleichwohl mit größter Sorge. Die Verständigung über das Gesamtvolumen des Finanzrahmens muss mit einer klaren Entscheidung für Investitionen verbunden sein, die Deutschlands und Europas Zukunft sichern. Forschung, Innovation und Bildungsmobilität sollten dabei immer im Mittelpunkt stehen: Sie stärken politische Souveränität, technologische Leistungsfähigkeit, gesellschaftliche Resilienz und ökonomische Wettbewerbsfähigkeit.

Wie nicht zuletzt der Draghi-Report 2024 verdeutlicht, bündelt europäische Zusammenarbeit in besonderer Weise komplementäres Wissen und schafft leistungsfähige Netzwerke zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen. Gemeinsam genutzte Infrastrukturen, der Austausch von Ideen und die Mobilität von Studierenden und Forschenden ermöglichen Fortschritte, die kein Mitgliedstaat allein erreichen kann. Deutschland profitiert davon, gut sichtbar im Bereich der Forschung, ganz besonders: Aus dem laufenden EU-Forschungsrahmenprogramm „Horizont Europa" haben deutsche Einrichtungen bislang rund 8,1 Milliarden Euro eingeworben. Die entstandenen Partnerschaften stärken Deutschlands wissenschaftliche und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit langfristig und über die unmittelbaren Fördereffekte hinaus.

Andere Mitgliedstaaten setzen bei den Verhandlungen über den Finanzrahmen Schwerpunkte, die nicht im Bereich der Wissenschaft liegen. Zukunftsinvestitionen, die Zukunftsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit fördern, brauchen daher eine ebenso entschlossene Stimme. Die Allianz fordert die Bundesregierung deshalb auf, sich in diesem Sinne für ein eigenständiges, verlässlich finanziertes 10. Forschungsrahmenprogramm einzusetzen, für das gemäß der entsprechenden Formulierung des Bundesrates die von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen 175 Milliarden Euro als „finanzielle Untergrenze der Verhandlungen" anzusehen sind. Die Allianz erwartet darüber hinaus, dass die Bundesregierung für eine Erhöhung des EU-Bildungsprogramms Erasmus+ auf mindestens die vom Europäischen Parlament geforderten 47,4 Milliarden Euro eintritt. Gerade unter schwierigen Haushaltsbedingungen dürfen Deutschland und Europa ihre Zukunftsfähigkeit nicht aufs Spiel setzen.

Die Allianz der Wissenschaftsorganisationen ist ein Zusammenschluss der bedeutendsten Wissenschaftsorganisationen in Deutschland. Sie nimmt regelmäßig Stellung zu wichtigen Fragen der Wissenschaftspolitik. Die Hochschulrektorenkonferenz ist Mitglied der Allianz und hat für 2026 die Sprecherrolle übernommen. Weitere Mitglieder sind die Alexander von Humboldt-Stiftung, der Deutsche Akademische Austauschdienst, die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Fraunhofer-Gesellschaft, die Helmholtz-Gemeinschaft, die Leibniz-Gemeinschaft, die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina, die Max-Planck-Gesellschaft und der Wissenschaftsrat.

Hochschulrektorenkonferenz
eingetragene Interessenvertreterin gemäß §5 LobbyRG (R002558)

Leipziger Platz 11
10117 Berlin

Ansprechperson
Dr. Jonas Leipziger

T: 030 206292-219
allianz@hrk.de